



IMMOBILIEN

Der Märchenmann

Wie dumm darf sich eine Stadtverwaltung anstellen, bevor es kriminell wird? Die Stadt Bonn fiel mit einem riesigen Kongress-Bau auf einen Aufschneider aus Fernost herein. Auch Bundestag und Wasserwerk, die historischen Stätten der Bonner Republik, werden in den Skandal hineingezogen.

Kurze Frage: Woran hätte man gleich merken können, dass mit diesem Mister Kim etwas nicht stimmt? Mister Kim aus Südkorea. Der Mann, der versprochen hatte, dass er Bonn eine prima Kongresshalle hinstellt, im alten Regierungsviertel, und die Stadt muss auch nichts dazubezahlen, Ehrenwort. Antwort Nummer eins ist für die Fast-Blinden. Also auch für die Damen und Herren aus der Bonner Stadtverwaltung, die Mister Kim fast blind vertrauten.

Weil Antwort eins für Fast-Blinde ist, hat sie nämlich ganz große Buchstaben, auf dem Bauschild, das heute vor einer nahezu Bauruine steht. „Bauherr: UNCC GmbH, Görrestraße 15“. Genau, da fehlt ein „s“. „Görres“, wie der Publizist, nicht „Görre“. Und wenn ein Mister Kim nicht mal weiß, wie die Straße heißt, an der seine Firma sitzt, oder wenn es ihm drei Jahre lang schlicht egal ist, dass so was falsch auf dem Schild steht, dann ist das zugegeben, erst mal nur ein Indiz.

Und darum zu Antwort Nummer zwei. Diesmal ziemlich kleine Buchstaben. Die aber sind so deutlich, dass sie im Bonner

Rathaus hätten wissen müssen, woran sie bei Herrn Kim sind. Es handelt sich um zwei Seiten der Auskunft Creditreform, bestellt von der städtischen Wirtschaftsförderung, eingegangen am 29. Juni 2005, also noch bevor die Stadt den Vertrag mit Kim unterschrieben hat.

Da konnte sie über Kims Hauptfirma SMI Hyundai Corporation lesen, dass sie in den USA zwar in Virginia saß, aber ge-

meldet war in Delaware, wo sich Firmen-interna so gut verschleiern lassen wie sonst höchstens auf den Cayman Islands. Also heißt es auch über die SMI Hyundai: „Bilanzen sind nicht erhältlich. Ein näherer, zahlenmäßiger Einblick in die finanziellen Verhältnisse ließ sich nicht gewinnen.“ Zur Zahlungsweise: „Aussagefähige Beurteilungen liegen nicht vor.“ Und der Jahresumsatz 2004? Nach eigenen Angaben 15 Millionen Dollar, aber es muss eine Firma für verdammt schnell verdientes Geld gewesen sein. Denn im Handelsregister eingetragen wurde sie erst am 15. Dezember 2004. Blieben nur 15 Tage Zeit für angeblich 15 Millionen Dollar Umsatz.

Es ist die Sorte Papier, bei der sich heute die Staatsanwaltschaft Bonn fragt, ob sie im Rathaus vielleicht gar nicht so blind waren, sondern absichtlich weggeguckt haben. Ob es um Betrug geht, um Bestechlichkeit und um Untreue, bis hoch zur Bonner Ex-Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann. Denn hätten sie alle nur etwas genauer hingesehen, dann hätten sie gemerkt, dass die SMI Hyundai, anders als von Creditreform gemeldet, eben



Oberbürgermeisterin Dieckmann 2008
Augen zu und durch

SEPP SPIEGEL



Investor Kim*: Für Bonn so etwas wie die aufgehende Sonne

doch nicht zum koreanischen Milliardenkonzern Hyundai gehörte, sondern nur so hieß. Doch die Stadt bohrte nicht nach.

Man kann es daher heute schon verstehen, diesen Versuch, auch vom neuen in der Sache unbelasteten Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, den Ruf der Stadt zu retten; das was davon noch zu retten ist. Denn das Desaster um das Bonner Kongresszentrum ist nicht einfach nur die Geschichte einer geplatzten Baufinanzierung. Eine ganze Stadt hat sich blamiert, hat sich erst verführen, dann vorführen lassen. Und das ausgerechnet bei jenem Vorhaben, für das ihr der Bund die historischen Stätten eines versunkenen Landes anvertraut hatte, der Bonner Republik.

Das World Conference Center Bonn (WCCB) liegt nämlich nicht nur im alten Regierungsviertel am Rhein, zwischen Kanzleramt und Langem Eugen. Neben den Erweiterungsbauten, der Kongresshalle samt einem Luxushotel, gehört auch der alte Bundestag dazu, über einen Tunnel mit der Halle verbunden. Und so wie den Plenarsaal sollte eine Kim-Firma künftig auch das alte Wasserwerk für Veranstaltungen vermieten, noch so eine Heimstätte bundesdeutschen Gedenkens, Sitz des Parlaments von 1986 bis 1992.

Das alles hatte der Bund der Stadt überlassen, zu treuen Händen, und das alles wird nun in die schmutzige Affäre hineingezogen, in einen Wirtschaftskrimi mit Schauplätzen wie Seoul, Zypern oder

Hawaii. Und in einen politischen Skandal: Gegen Ex-Oberbürgermeisterin Dieckmann läuft ein Ermittlungsverfahren, außerdem gegen fünf ehemalige und noch amtierende Spitzenkräfte ihrer Verwaltung. Erst vorletzte Woche durchsuchte die Bonner Staatsanwaltschaft wieder Büros im Stadthaus. Mister Man-Ki Kim, 49, wird per Haftbefehl gesucht, mehrere Manager aus seinem Firmengeflecht saßen schon in U-Haft. Darunter der Düsseldorfer Anwalt Michael Thielbeer, der bestechlich gewesen sein soll. Thielbeer hatte erst im Auftrag der Stadt bei der Auswahl des Investors geholfen. Kaum war der Deal mit Kim perfekt, wechselte er für viel Geld auf die andere Seite.

Nun zeigen dem SPIEGEL vorliegende Papiere, dass Thielbeer sogar schon vorher von der Kim-Connection bezahlt wurde, schlimmer: dass die Stadt das nicht nur wusste, sondern es selbst eingefädelt hatte. Um sich das Beraterhonorar zu sparen?

Vieles spricht dafür, dass die Bonner Stadtschmiede schon sehr früh und dann immer wieder vor dem Risiko Kim gewarnt wurde. Dass ihr klar hätte sein müssen, wie gefährlich jeder weitere Kredit sein würde. Trotzdem bürgte und bürgte sie. Das Ergebnis: Aus null Euro für die Stadt werden jetzt vermutlich weit mehr als 150 Millionen. Für den Staatsanwalt ein Verdacht auf Untreue. Inzwischen stellt sich sogar die Frage, ob die Stadt sich rund 25 Millionen Euro bislang ausgezahlte Fördergelder des Landes erschlichen hat, weil ihre Verantwortlichen offenbar weit

früher als bislang bekannt über Kims klamme Kassen Bescheid wussten.

April 2010: Nichts geht mehr

Im Grunde war das Geschäftsmodell ganz einfach: Kim blendet, die Stadt blutet. Und am vorläufigen Ende steht eine Baustelle ohne Bauarbeiter, stillgelegt im vergangenen September, vom Insolvenzverwalter auf Sparflamme gehalten, auf 14 bis 16 Grad, damit im Winter nicht alles kaputtfriert. Allein das kostete jeden Monat rund 200 000 Euro.

150 Handwerksbetriebe sind auf Rechnungen von 7,5 Millionen Euro sitzengelieben, die Stadt auf einem halbfertigen Koloss von Halle, überragt von einem grauen Klotz, dem Hotel mit 352 Zimmern, von denen aber erst eines so aussieht, als könnte man dort übernachten. Zimmer 123, das Musterzimmer: nichts aus Furnier, nur Massivholz, und die Dusche mit viel Glas und mit Sensortasten, ganz was Raffiniertes. 10 000 Euro rechnen sie in der Branche normalerweise für so ein Viersternezimmer, hier waren es 23 000 Euro. Und das mal 352 Zimmer, nicht mal 185, wie sie im Bau-Etat standen. Aber den hatte die Stadt wohl nicht richtig gelesen.

Auch das erklärt, warum aus der ersten Kalkulation – 79 Millionen Euro für den ganzen Komplex – später 139 und heute mehr als 200 geworden sind. Doch glaubt man dem Insolvenzverwalter Christopher Seagon, kann das nicht der einzige Grund gewesen sein: Er sucht noch immer Belege für 8,5 Millionen Euro, die weg sind. Und selbst bei den vorliegenden Rechnungen ist unklar, ob darin nicht jede Menge Luft ist – von bis zu 20 Prozent reden die Fahnder. Das wären allein jetzt schon rund 25 Millionen Euro.

Sind also Millionen in den Löchern verschwunden, die in Kims Buchhaltung klaffen, verschoben von einer Viererbande, wie die Ermittler vermuten? Denn neben Überläufer Thielbeer gibt es da noch zwei, ohne die es Kim nie so weit gebracht hätte: seinen Mann fürs Bauen, den Architekten Young-Ho Hong, und seinen Mann für die Verträge, Rechtsanwalt Ha-Sung Chung, beide Koreaner und schon lange in Deutschland.

Beide sagen heute, Kim habe sie nur benutzt. Zugeben, sie seien beteiligt gewesen, hätten aber nichts durchschaut. Und das mag ja Chuzpe sein, aber mit dieser Chuzpe reihen sie sich nur ein in die Herde angeblich Ahnungsloser, Argloser, von denen es in dieser Geschichte so viele gibt. Auch bei der Stadt, von Anfang an.

2003 bis 2006: ein Messias aus Fernost

„Die ganze Stadt war damals ...“, Jürgen Nimptsch, der neue Oberbürgermeister

* Beim Richtfest des World Conference Centers am 19. September 2008.

ter, zögert, überlegt, dann traut er sich doch: „... wie im Rausch“. Alle wollten Kim – die Parteien, auch der Bonner „General-Anzeiger“, der heute eine Enthüllungsgeschichte nach der anderen bringt – am Anfang liebten alle Mister Kim. Diesen „Glücksfall für Bonn“, wie es überall hieß, diesen Mann aus dem Märchenland des großen Geldes, der sich so nett, so natürlich eingeführt hatte, ganz der Asiate eben: „I like Bonn“, hatte er gesagt. Und Beethoven, den großen Sohn der Stadt, den fand er „wonderful“.

Wer das verstehen will, diese kollektive Gläubigkeit, Gutgläubigkeit, der muss wohl erst mal die Bonner verstehen, ihren heimlichen Stolz, Hauptstädter zu sein, und die heillose Panik, die sie erfasste, als sie diesen Status verloren, an die Berliner. Provinz, damit konnten sie früher kokettieren; andere Städte mochten größer sein, ihr Bonn hatte Größe. Nun aber drohte der Absturz, und umso verzweifelter kämpfte man um Ersatz, nicht nur an Geld, auch an Bedeutung.

Bonn wollte UN-Stadt werden – nur ein inoffizieller Titel, doch bei den Vereinten Nationen gilt: Wo erst mal 1000 Mitarbeiter sitzen, da bleibt die Weltbehörde auch. Also arbeitete sich OB Dieckmann mit Bundeshilfe an die Marke 1000 heran, holte das Uno-Klimasekretariat und noch 18 weitere Uno-Einrichtungen nach Bonn. Das machte zusammen schon mal 800. Damit aber die Uno heimisch würde, brauchte sie ein Kongresszentrum, groß genug für Uno-Konferenzen, ein World Conference Center also. Und die Sache schien sogar ganz einfach: Der Bund wollte die Grundstücke dafür herschenken, dazu den Plenarsaal, das Wasserwerk. Und das Land würde auch etwas dazu tun. 36 Millionen sollte Düsseldorf später zusagen.

2003 also die ersten Pläne, aber dass es bei einem Bauprojekt ums Bauen geht, schien der Stadtspitze nicht ganz klar zu sein. Oder egal. Die Mission übernahm der Stadtdirektor, Arno Hübner, früher mal Schuldezernent; mit einem Bau dieser Größe hatte er keine Erfahrung. So wenig wie seine Projektleiterin, Eva-Maria Zwiebler, die Chefin des Bürgeramtes, zuständig für Meldeangelegenheiten und Kfz-Zulassungen – und als große Bonner Karnevalistin bekannt. Jetzt plötzlich zuständig für ein Multimillionenvorhaben.

Deshalb fragten sie einen, der sich mit so etwas auskannte: Michael Thielbeer, Jurist, aus Düsseldorf. Am 29. Januar 2004 schrieb Zwiebler einen Vermerk, sie wollte Thielbeer als Berater der Stadt einkaufen, aber merkwürdig: ohne Ausschreibung. Deshalb meldete das Liegenschaftsamt Bedenken an, dann auch noch das Rechnungsprüfungsamt, ganz massiv in einer Mail an Zwiebler: „Es passt schlecht in den Rahmen dessen, was Verwaltungsvorstand wie auch Rechnungs-



FRANK DÄRCHINGER

Oberbürgermeister Nimptsch: „Die ganze Stadt war damals wie im Rausch“

prüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Korruptionsprävention miteinander vereinbart hatten. Ihre Stellungnahme vermag nur sehr vage zu belegen, dass dies alles beachtet wurde.“ Doch Zwiebler und Hübner setzten sich durch – die erste von vielen eigenartigen Entscheidungen, die das Duo in den nächsten Jahren noch fällen sollte.

Zunächst verhandelte Thielbeer für die Stadt mit einer Investorengruppe um den Geschäftsmann Heinz-Dieter Kals. Kals hat bei der Staatsanwaltschaft ausgesagt, Thielbeer habe damals von ihm einen Beratervertrag verlangt, mit der Begründung, er müsse ja schließlich auch von etwas leben. Thielbeer hat das bestritten, aber einen Vertragsentwurf vom 25. April 2005, ohne Unterschriften, haben die Ermittler sichergestellt: 10 000 Euro im Monat sollte Thielbeer demnach bei Kals verdienen, bei dem Mann also, den er im Auftrag der Stadt prüfen sollte.

Und noch etwas fand die Ermittlungsgruppe „Gold“ – eine echte Überraschung: ein Fax der Stadt Bonn, gezeichnet Zwiebler. Darin forderte sie die Kals-Gruppe auf, die Rechnung zu übernehmen, die Thielbeer der Stadt geschickt hat, 32 115 Euro. Zwiebler wusste also nicht nur, dass Thielbeer, ihr Berater, von der falschen Seite Geld bekommen wollte; sie selbst stielte das ein. Kann man so naiv sein? Darf man sich dann noch wundern, dass der eigene Mann möglicherweise falschspielt, für die anderen? Oder

lief da etwas, zwischen Zwiebler und Thielbeer, ein Kickback-Geschäft? Die Fahnder gehen diesem Verdacht jedenfalls nach. Zwiebler ebenso wie ihr Kollegen Hübner haben dagegen von Anfang an bestritten, sich selbst bereichert zu haben. Ihnen sei es bei ihrer Tätigkeit „stets nur darum gegangen, im Interesse Bonns das für die künftige Stadtentwicklung wichtige Projekt mit gewissenhafter Arbeit zum Erfolg zu führen“.

Kals jedenfalls wollte nicht zahlen, und es wurde dann auch nichts mit Kals und der Stadt. Die war auf einen Punkt in seiner Vergangenheit gestoßen, der ihr nicht gefiel, und Berater Thielbeer kam zum Ergebnis, dass die Gruppe angeblich nicht vorankam. Mangelhafte Fortschritte, leider. Dafür fand Thielbeer nun Geschmack an einer Firma, die erst bei Kals miteingestiegen war, dann allein weitermachte: die SMI Hyundai Corporation mit ihrem Geschäftsführer Man-Ki Kim.

Einer der Ermittler sagt heute, Kim sei für die Stadt so etwas wie die „aufgehende Sonne“ gewesen. Schon dieser Name: Hyundai! Wie der Autobauer, der Großsponsor der Fußball-WM 2006, ein Umstand, den dieser Herr Kim gern mal erwähnte. Und was sein Syndikus, der Herr Chung, so alles über die SMI Hyundai erzählte: Dass sie ein „Adler-Team“ hätten, um weltweit nach Projekten Ausschau zu halten, ein „Löwen-Team“ für die Prüfung, ein „Tiger-Team“ für den Abschluss, und „in allen Phasen können wir stets

auf die 20000 Mitarbeiter von Hyundai Engineering and Construction zurückgreifen“. In Wahrheit hatte SMI Hyundai mit dem bekannten Konzern so viel zu tun wie Max Merkel mit der Bundeskanzlerin. Doch auch Thielbeer sprach sich im Juli 2005 für SMI Hyundai aus. Angeblich hatte er im Internet geforscht, alles bestens.

Alles bestens, weil in Wahrheit nun SMI Hyundai für seine Arbeit zahlte? Denn da waren ja immer noch mehr als 30000 Euro offen gewesen, Thielbeers Honorar, das Kals nicht übernehmen wollte. Nun, am 4. August 2005, verlangte Projektleiterin Zwiebler in einem Schreiben das Geld eben von Kims Anwalt Chung. Und der zahlte. Zuerst Chung an die Stadt, dann die Stadt an Thielbeer, so vermerkt es die städtische Projektgruppe mit dem Kürzel Z. „Z.“ wie Zwiebler.

Bevor die Stadt den Vertrag mit Kim unterschrieb, verlangte sie allerdings noch eine Patronatserklärung des Hyundai-Konzerns, und das aus gutem Grund. So unergiebig schon der Creditreform-Auszug der SMI Hyundai Corp. gewesen war, so wenig hatten auch andere Auskunftfeien den Firmenhintergrund erhehlen können. Im Auftrag der Sparkasse KölnBonn, die Kim den Kredit für den Bau geben sollte, nahm sich Dun & Bradstreet drei SMI-Ableger vor. In keinem Fall traute sich die Auskunft ein Rating zu; bei einer Firma fanden sie nicht mal eine Telefonnummer.

Chung verspricht: Die Patronatserklärung kommt. Aber sie kam nicht, nur die Bürgschaftserklärung eines US-Finanzinstituts, in der nicht mal stand, wie hoch es bürgen wollte. Dennoch schrieb Zwiebler an Thielbeer, er solle doch seine neueste Rechnung nicht mehr an sie, sondern direkt an SMI Hyundai schicken. Nur keine Umstände.

Kurz danach beschloss die Stadt, nur noch mit der SMI Hyundai zu verhandeln, so wie es die Projektgruppe um Zwiebler und Hübner empfohlen hatte. Thielbeer hatte der Firma viel Gutes bescheinigt. Die Sparkasse KölnBonn aber wusste es wohl schon besser: Am 5. Oktober 2005 bekam sie die Bilanzen für 2003/04. Im Abschluss 2004 der SMI Hyundai fehlte ein Datum, wann sie erstellt wurde, sie war weder testiert noch unterschrieben.

Meldeten sich nie Zweifel bei der Stadt? Wenn, dann wurden sie offenbar verdrängt. Zwiebler notierte, der Sachverständige der Sparkasse habe ja leider sehr am Thema vorbeigeschrieben. Und mochte auch noch der Rechtsberater der Stadt warnen, dann erneut das Liegenschaftsamt – Zwiebler hielt ein Extra-Gutachten trotzdem für überflüssig. Denn Thielbeer hatte gleich mal wieder einen neuen Persilschein für die SMI Hyundai ausgestellt. „Aus meiner Sicht ist der Businessplan vom Ergebnis sehr positiv zu beurteilen“, hieß es da. Und kam über die



Plenarsaal des ehemaligen Bundestags: Heimlicher Stolz, Hauptstädter zu sein

Sparkasse am Ende nicht doch noch eine Einschätzung der Kanzlei CMS Hasche Sigle herein, in der, wenn man nur alles Kritische darin überlas, irgendwo das Wort „clear“, „klar“, zu finden war – wenn auch nur auf den Punkt bezogen, dass Datenbankabfragen keine juristischen Auseinandersetzungen der Firma ergaben. So beschloss die Stadt im Dezember 2005: Kim bekommt den Projektvertrag. Was für ein Leichtsin.

Auch Thielbeer muss sehr erleichtert gewesen sein. Schon im Februar wechselte er zur UNCC, dem Bauherrn, und zu Kim, der sich gleich mal selbst bei der Firma angestellt hatte, für 40000 Euro im Monat. Thielbeer unterschrieb hier einen Beratervertrag für 5000 Euro im Monat. Und etwas später einen Arbeitsvertrag mit der SMI Hyundai Europe GmbH, für 10000 Euro. Mit Gehaltserhöhung wenige Monate später kam er auf 15000 Euro.



Berater Thielbeer, Bauherr Hübner
„Businessplan sehr positiv zu beurteilen“

Nicht zu vergessen: ein Jahr lang 3000 Euro im Monat von der SMI Hyundai Management GmbH, der Betreibergesellschaft, die auch noch die Beethovenhalle managen durfte. Thielbeer war jetzt auch offiziell auf der anderen Seite angekommen. Und kein Politiker in Bonn regte sich darüber auf. Wo doch schon bald so ein schönes Kongress-Center fertig sein würde.

2007 bis 2009: Bauen und bangen

139 Millionen Euro sollte das alles kosten. Die Rechnung samt Puffer: 74 Millionen Kredit von der Sparkasse, 36 Millionen vom Land, 40 Millionen Eigenkapital. Die immerhin musste Kim bringen: Nur wenn Kim das schaffte, durfte die Sparkasse den ganzen Kredit auszahlen. Kim aber konnte nicht. Die ersten 10 Millionen brachte er gerade noch auf, die letzten 30 nicht mehr. Vielleicht hätte das der Stadt schon dämmern müssen, als er nach wenigen Monaten die Miete für eine Wohnung der städtischen Vebowag schuldig blieb. Als er immer neue Geldgeber für die 30 Millionen präsentierte, Geldgeber in aller Welt, vor denen mal die Schweizer Bankenaufsicht warnte oder von denen man nicht viel mehr kannte als einen Namen. So sollten von einer First Mutual Credit Corp. Ende 2006 plötzlich 150 Millionen Dollar auf ein Kim-Konto bei der Sparkasse fließen – Ehrenwort. Als das Geld dann doch nicht kam, behauptete Kim,

die US-Behörden hätten das Geld festgehalten.

Sollte man also so einem Bauherrn wirklich den Kredit auszahlen? 74 Millionen Euro? Die Sparkasse KölnBonn entschied: bloß nicht. Es sei denn, es wäre ein Rundum-sorglos-Kredit – die Stadt müsste bürgen, voll. Und sogar dazu war sie nun bereit.

Wessen Risiko sie übernahm, stand vier Monate später in einem vertraulichen Revisionsbericht der Sparkasse. Dort heißt es: „Die SMI Hyundai Corporation führt derzeit gemäß Internetauftritt Bauprojekte in Dubai, Uganda, Nigeria, Korea und Vietnam durch. In Bezug auf Referenzobjekte wirkt der Internetauftritt wenig überzeugend, da überwiegend Zeichnungen der Objekte abgebildet sind. Einziges mit einer Webcam zu verfolgendes Objekt ist das Kongresszentrum in Bonn.“ Zu Kims Eigenkapital: „Es ist nicht erkennbar, woraus diese Eigenmittel erbracht werden (können)“. Zu Kims Geschäftsgebaren: Es „trägt nicht zu einer positiven Einschätzung des Kreditnehmers bei“.

Den Bericht behielt die Sparkasse für sich, nicht gerade ein feiner Zug gegenüber der Stadt, einer ihrer Anteilseigner. Gut möglich, dass die Stadt deshalb die Sparkasse auch noch mal verklagen wird. Andererseits: Hätte sich die Stadt nicht



Insolvenzverwalter Seagon: Suche nach den verschwundenen Millionen

fragen müssen, warum die Sparkasse für Kim kein Geld mehr herausrücken wollte, es sei denn, die Stadt bürgt?

Schon von Mitte 2006 an versuchte Kim nun, die 30 Millionen für sein Eigenkapital zusammenzukratzen; am Ende war er so verzweifelt, dass er sich von einer Fir-

ma auf Zypern zehn Millionen Euro lieh, für ein halbes Jahr, zu einem Wucherzins von 60 Prozent. Wenn er dann nicht zurückzahlen würde, bekäme diese „Heuschrecke“ namens Arazim 94 Prozent der UNCC zu fressen, und natürlich: Kim konnte nicht rechtzeitig zurückzahlen.



Seine Firma, der Bauherr, war damit in fremde Hände gefallen.

Als Kim dann doch noch einen Geldgeber fand, der ihm 30 Millionen überwies, der Honua-Fonds mit Sitz auf Hawaii, zahlte Kim die Arazim zwar aus. Doch die blieb trotzdem im Handelsregister als Eigentümer stehen – das Geld kam ja zu spät. Also gibt es bis heute zwei Firmen, die Anspruch auf die UNCC erheben, die Honua und jene Arazim.

Doch selbst die Millionen der Honua retteten das Kongress-Center nicht. Und: Die Kosten explodierten. Schon im November 2007 beichtete die SMI Hyundai Europe der Stadt, dass der Bau jetzt nicht mehr 139, sondern 169 Millionen Euro benötigte. Auch im Liegenschaftsamt wurde gerechnet. Das Ergebnis: 93 Millionen Euro, auf denen die Stadt im schlimmsten Fall sitzenbleiben könnte. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts.

Im Februar 2008 brauchte der Bauherr neues Geld. Doch die Sparkasse wollte nur weiter zahlen, wenn Kim endlich sein ganzes Eigenkapital aufbrachte – oder die Stadt weiter bürgte. Zwiebler sah das Problem, auch die Oberbürgermeisterin sei eingeweiht, schrieb sie den Bankern. Und nun begann die Zeit, wegen der es heute eng wird für Bärbel Dieckmann. Wusste sie schon damals über Kims Chaos Bescheid? Und schickte sie trotzdem

weitere Millionen auf Rechnung der Stadt in dieses Chaos?

Der erste Schritt: ein Brief der Sparkasse vom 17. April an die Stadt. Von einer „Leistungsstörung des Kreditverhältnisses“ war die Rede, neues Geld gebe es nur, wenn „die Bundesstadt Bonn ihr schriftliches Einverständnis zu weiterer Inanspruchnahme der Kreditmittel übermittelt“. Antwort Zwiebler: „Einverstanden“. Und wieder: „Frau Oberbürgermeisterin Dieckmann habe ich über diesen Sachverhalt informiert.“

Der zweite Schritt im August: Nun hatte die Sparkasse Wind davon bekommen, dass Kim die UNCC zum größten Teil an die Arazim aus Zypern verschertelt hatte. Ein Grund, den Kreditvertrag zu kündigen, das Darlehen sofort fällig zu stellen. Das hätte die Insolvenz bedeutet, den Baustopp. Die Sparkasse machte deshalb ein letztes Angebot: keine Kündigung, wenn die Stadt trotzdem weiter für die Millionen voll bürgt. Antwort Zwiebler: Stadt haftet, Dieckmann informiert.

Und dann der dritte Schritt, für den sich heute die Staatsanwaltschaft besonders interessiert: Im Juli 2009 erhöhte die Stadt tatsächlich ihre Bürgschaft trotz aller Warnzeichen noch um weitere 30 Millionen, damit die Sparkasse einen weiteren Kredit auszahlte. Offenbar wollte sich die Stadtspitze jetzt nur noch irgendwie

bis ins Ziel retten. Dach drauf, fertig werden, dann könnte man Kim immer noch pleitegehen lassen und sich umsehen. Nach einem Käufer. Und nach einem neuen Betreiber für das WCCB, das Wasserwerk, die Beethovenhalle.

Also Augen zu und durch. Wie sonst lässt sich erklären, dass Dieckmann auch im April 2009 noch keinen Schlusstrich zog, als Zwiebler ihr in einem Brief erklärte, was es mit einer neugegründeten Betreibergesellschaft auf sich habe, der WCCB Management GmbH. Wofür so ein neuer Betreiber, obwohl man doch mit Kims SMI Hyundai Management GmbH schon einen hatte? Antwort Zwiebler: damit Kim keine Möglichkeit mehr habe, dort vielleicht noch in die Kasse zu greifen.

Und da war dann noch die Reise der rheinischen Delegation, ausgerechnet zu Karneval 2009 nach Seoul. Als Zwiebler, Hübner und ein Herr von der Sparkasse nach Korea flogen, um mit angeblichen Investoren zu reden, die das fehlende Eigenkapital bringen sollten. Nur viele Spesen – nix gewesen. Doch erst die Staatsanwaltschaft beendete das Bauen und Bangen: im September, mit der Festnahme von Thielbeer, Architekt Hong, Syndikus Chung, mit dem Haftbefehl für Kim. Der Verdacht: Bestechlichkeit und Betrug. Kurz danach kündigte die Spar-

Weil Sie die besten Filme verdienen. Ohne Werbeunterbrechung.



Das Besondere sehen.

Es gibt viele Gründe für besonderes Fernsehen: Bis zu 25 TV-Erstaussstrahlungen im Monat. 10 Sender mit Filmen für jede Stimmung: von Action bis Comedy, vom aktuellen Blockbuster bis zum echten Klassiker.

In Dolby Digital und häufig in der Originalfassung.

Und das alles ohne Werbeunterbrechung.

Es ist Zeit für besonderes Fernsehen. Es ist Zeit für Sky.

0180 55 100 55 oder sky.de

€ 0,14/Min. aus dem dt. Festnetz, max. € 0,42/Min. aus dem Mobilfunknetz; powered by BT

kasse ihre Kredite und schickte Kims Firmen in die Insolvenz. Das Ende.

Es ist nicht möglich, heute mit Bärbel Dieckmann über das Kongress-Center zu reden. In der Stadt sagen sie, es sollte ihr Denkmal werden, jetzt bringt es sie möglicherweise vor Gericht, wegen Untreue. 75 Millionen kostet es noch, den Bau fertigzustellen, wahrscheinlich wird das nun die Stadt selbst übernehmen müssen und hoffen, dass es ihr einer für einen halbwegs ordentlichen Preis abkauft. Dieckmann hat überlegt, ob sie mit dem SPIEGEL sprechen will, aber schließlich redete nur noch ihr Anwalt, Rainer Hamm. Frau Dieckmann wolle zunächst gegenüber der Staatsanwaltschaft alle sich aus dem Ermittlungsverfahren ergebenden Fragen beantworten und „auf Einzelstellungnahmen gegenüber den Medien verzichten“.

Chung, der Rechtsanwalt, warf der Stadt in seiner Vernehmung vor, sie habe doch schon Mitte 2005 gewusst, dass Thielbeer im Lager der SMI stand. Aber er will Thielbeer nie etwas versprochen haben für seine Unterstützung. Hong, der Architekt, dessen Firma zwischen 13 und 16 Millionen für die Planung bekommen hat und der als Chef der SMI Hyundai Europe, bei der er noch mal 25 000 Euro im Monat kassierte, die Handwerkerrechnungen mit dem Geld der UNCC bezahlte, sagte aus, dass er für Kim selbst wohl alles in allem eine Million Euro ausgegeben habe. Auch für einen Mercedes CLK.

In seiner ersten Vernehmung behauptete er auch noch, er habe Thielbeer bei der „Europe“ anstellen müssen, in Kims Auftrag, obwohl er für ihn keine Arbeit gehabt habe und er auch nicht wisse, was Thielbeer für sein Geld getan habe. Ein Dankeschön für Thielbeers Empfehlung bei der Stadt soll das aber trotzdem nicht gewesen sein. Später meinte Hong, Thielbeer habe wohl doch gearbeitet.

Thielbeer selbst beteuerte gegenüber der Staatsanwaltschaft seine Unschuld, er sei unbestechlich. Er will sogar die Stadt über Kims krumme Geschäfte auf dem Laufenden gehalten haben und: stets emsig gewesen sein. Stimmt zumindest in einem Punkt: beim Geldverdienen.

Im September 2008, das Ende von Kims Imperium war absehbar, wechselte Thielbeer flugs an die Spitze der neuen Betreibergesellschaft WCCB Management. Die hatte von der Stadt frisches Geld zugesagt bekommen, schließlich musste es ja weitergehen, auch mit dem Programm in der Beethovenhalle. Und auch für Thielbeer. Sein neues Geschäftsführergehalt: 198 000 Euro. Plus Unfallversicherung über eine Million. Plus Lebensversicherung. Plus BMW. Und sollte ihn die Firma als Geschäftsführer absetzen, müsste sie ihn trotzdem noch mal fünf Jahre weiterbeschäftigen.

JÜRGEN DAHLKAMP, JÖRG SCHMITT



Medizinvorlesung in Leipzig: So viele Doktoren wie noch nie zuvor

GESUNDHEIT

Lücken im System

Für den Mediziner-mangel auf dem Land ist vor allem die ärztliche Selbstverwaltung verantwortlich. In der Berliner Koalition wächst die Bereitschaft zur Reform.

Die Tür geht auf. Schon wieder ein Patient. „Gott, was ist denn hier los?“, fragt der Mann mit den schlohweißen Haaren und humpelt mit seinen Krücken durch das Wartezimmer. Er zwingt sich vorbei an einem Dutzend Patienten, die mit ihren Krankenkassentickets in der Hand am Empfang warten, und stellt sich hinten an. Freie Stühle gibt es kaum noch, die Luft im Raum ist stickig.

Jedes Mal wenn Ulrich Heucke, Facharzt für Innere Medizin und Hausarzt, seinen Kopf aus seinem Zimmer streckt,

schauen die Patienten hoffnungsvoll auf. Manche von ihnen warten schon länger als zwei Stunden. „Wir geben unser Bestes, schneller geht es einfach nicht“, sagt der Mediziner.

Vor einigen Monaten hat er gemeinsam mit einer Kollegin eine Hausarztpraxis im sachsen-anhaltischen Halberstadt übernommen. Im Wartezimmer hängen Info-Blätter. Auf ihnen steht, dass die drei Vorgänger in der Praxis in den Ruhestand gegangen sind und künftig nur noch zwei Ärzte dieselbe Zahl an Kranken behandeln werden. „Für die Annahme von neuen Patienten“, heißt es weiter, „besteht bisher keine Kapazität.“

Zustände wie in Halberstadt und seinem Umland haben in der Regierung Alarm ausgelöst. Um den Doktorenmangel in den wirtschaftlichen Randzonen der Republik zu lindern, schlug Gesundheitsminister Philipp Rösler vergangene Woche eine „Kombination aus Einzelmaßnahmen“ vor. Tagelang debattierte die Republik, ob dem regionalen Ärztenotstand eher durch die Abschaffung des Numerus clausus oder eine sogenannte Landarztquote beizukommen ist. Bald will der liberale Ressortchef ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Es wird wenig helfen, denn die wahren Verursacher des Missstandes erwähnte Rösler nicht einmal. Und das, obwohl schon das einschlägige Sozialgesetzbuch festlegt, wer für die flächendeckende „Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung“ hierzulande zuständig ist: die sogenannten Kassenärztlichen Vereini-

Mangel trotz Überfluss

Hausärztlicher Versorgungsgrad* in ausgewählten Regionen, in Prozent

Starnberg	148,1
Freiburg im Breisgau	143,0
Garmisch-Partenkirchen	131,4
München	130,5
Berchtesgadener Land	129,0
Bundesdurchschnitt	108,0
Uckermark	81,6
Gifhorn	80,0
Soltau-Fallingb.ostel	78,3
Dessau/Bitterfeld	77,5
Saalekreis	69,1

* laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigungen; Stand: 2008; Quelle: AOK, Wildo



DER SPIEGEL